

nr-Dossier mit interessanten Hintergrundinformationen

„Die globale Spracherwärmung ist eine Folge erhöhten Wortausschusses.“

Aus den Aphorismen von Michael Richter (Mitteldeutscher Verlag Halle)

Klartext oder Weichzeichner – vom Sprachverlust und Orientierungsverzicht der Politik

Wer Klartext spricht, legt sich fest und wird überprüfbar. Wer im Allgemeinen und Ungefähren bleibt, kann Festlegungen ausweichen. Die hohe Kunst der sprachlichen Unverbindlichkeit, gestützt auf leere Weichmacher, gilt heute in der politischen Klasse immer noch als besonderer Befähigungsbeweis.

„Die politische Rede ist das stärkste Instrument, um die Autonomie des Politischen zur Geltung zu bringen.“ Prof. Dr. Uwe Pörksen erläutert seine These und die Bedeutung der Sprache für eine orientierende Politik in dieser Disput-Dokumentation.

Erhard Eppler hat bereits vor zwanzig Jahren das vitale Wechselverhältnis von Sprache und Macht in seinem Klassiker „Kavalleriepferde beim Hornsignal“ im einzelnen analysiert. Danach ist kein vergleichbares Buch mehr aus dem Kreis der politischen Klasse erschienen.

Dies mag damit zusammenhängen, dass selbst deren „ghostwriter“ solche Reflexionen für abwegig halten, um so ihr Gefühl der Überforderung zu unterdrücken.

Für Erhard Eppler ist Politik „Benennungshandeln.“ Wenn man dagegen heute die verbreitete Kultur des Nicht-Benennens besichtigt, drängt sich der Eindruck auf, dass der fehlende Kraft für die „Benennung“ wichtiger politischer Projekte eine sprachliche und programmatische Orientierungslosigkeit ausdrückt.

Stimmt etwa die Diagnose von Prof. Dr. Josef Klein, die ihn zu einem vernichtenden Urteil der kommunikativen Vermittlung der „Agenda- und Hartz-Politik“ beflügelt hat. Was kann -bezogen auf die realitätsferne „soziale Kälte“ dieser schwach kommunizierten Groß-Reformen- gelernt werden? Frau von der Leyens Gespür für Sprache hat ihr den genialen Einfall beschert, die Hartz IV -Zahlungen für Arbeitslose müssten umbenannt werden.

„Ich finde, man darf so ein Wort oder einen Namen nicht von oben verordnen, sondern das muss sich entwickeln.“ (vgl. FAZ, 2.2.2010 „Hartz IV soll schöner werden.“)

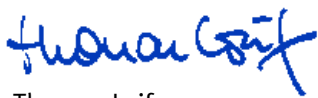
Wer Worte prägt, Begriffe emotional auflädt, Sinnspuren hinterlässt, definiert auch Diskurse. Stimmt diese Hypothese? Und - Wer erfindet nach den Semantikern Heiner Geissler und Peter Glotz heute noch neue „Plastikworte“? „Tricksilanti“, „Rote Socken“, „Kernenergie als Brückentechnologie“, „Bürgergeld“ oder „Umweltprämie“, „Erhöhung des Schonvermögens“ sind nur einige jüngere Wortschöpfungen, die Komplexität reduzieren und gleichzeitig als wertgeladene „Fahnenworte“ wirken sollen.

Über Chancen, Risiken und Nebenwirkungen der Sprachmacht in der Politik diskutierten beim MainzerMedien-Disput in Berlin Sprach-Handwerker aus verschiedenen Milieus.

In der Dokumentation finden Sie Antworten auf folgende Leitfragen:

- 1) Welche Bedeutung hat die Sprache für die politische Steuerung von Politik?
- 2) Können politische Begriffe – bezogen auf die Fallbeispiele der „Hartz-Gesetze“ und der Agenda-Politik – Reformprojekte zum Scheitern bringen?
- 3) Gibt es positive Beispiele der Begriffs-Nutzung, die ein politisches Projekt beflügeln können?
- 4) Welche Bedeutung hat der effektive Einsatz der Sprache für die Karriere von Minister zu Guttenberg?
- 5) Warum hat sich die politische Klasse jahrelang mit der sprachlichen Definition des Afghanistan-Krieges gequält?
Wo liegt der Unterschied zwischen „Krieg“ und „kriegerische Auseinandersetzung“?
- 6) Welche Steuerungsleistung ist mit dem Einsatz von werbenden Begriffen verbunden?
z.B. „Kernenergie als Brückentechnologie“, „Umweltprämie“, „Bürgergeld“ etc.
- 7) Kann mit Sprache Politik gemacht werden? Vor dem Bundestagswahlkampf wurde beispielsweise der Begriff der „Führungsschwäche von Kanzlerin Merkel“ gezielt von SPD-Granden eingesetzt und dann auch von den Medien übernommen.
Eignet sich die Instrumentalisierung einer bestimmten Semantik eher für negative Campaigning? (z.B. „Tricksilanti“ u.a.)
- 8) Kann man den politischen Betrieb durch den gezielten Einsatz von sogenannten „Fahnenworten“ berechenbar beeinflussen?
- 9) Welchen Aufwand betreiben die Parteien heute zur Generierung von neuen Begriffen oder gar einer „christdemokratischen“ oder „sozialdemokratischen“ Sprache?
z.B. Geißlers Wortschmiede, Schröders seltene Runde, in der beispielsweise die intensivere Nutzung des Begriffs „Zivilgesellschaft“ vereinbart wurde.
- 10) Welche konstruktiven Vorschläge gibt es, um die politische Sprache als Instrument der besseren und bürgerfreundlichen Politik-Vermittlung zu nutzen?

Weitere Dokumentationen der Berliner Dispute – etwa zum Politikstil Angela Merkels, zum Thema Auslandsjournalismus u. a. finden Sie unter www.netzwerkrecherche.de
Der nächste MedienDisput in Berlin ist für den 20. April 2010 terminiert.



Thomas Leif

www.netzwerkrecherche.de

*empfohlene Literatur zum Einlesen und Vertiefen:

Erhard Eppler, Der Politik aufs Maul geschaut, Bonn 2009
 Erhard Eppler, Kavalleriepferde beim Hornsignal, Die Krise der Politik im Spiegel der Sprache, Frankfurt 1992
 George Lakoff / Elisabeth Wehling, Auf leisen Sohlen ins Gehirn, Politische Sprache und ihre heimliche Macht, Heidelberg 2008
 Uwe Pörksen, Plastikwörter, Stuttgart 1988
 Uwe Pörksen, Was ist eine gute Regierungserklärung? Grundriß einer politischen Poetik, Göttingen 2004
 Ludwig Reiners, Die Kunst der Rede und des Gesprächs, München 1955
 Vorgänge 97, Themenheft: Sprache und Herrschaft, Opladen 1/1989
 Werner Weidenfeld (Hrsg.), Reformen kommunizieren, Gütersloh 2007
 Weitere Texte, Materialien und Dokumentationen zu Themen des Disputes unter: www.mediendisput.de

Die Sprache der Politik



Podiumsdiskussion mit:

Dr. Tobias Korenke, Publizist, Berlin

Frank A. Meyer, Chefpublizist Ringier Verlag, Zürich

Prof. Dr. Uwe Pörksen, Sprachwissenschaftler, Universität Tübingen

Christina Schildmann, SPD Parteivorstand, Berlin

Dr. Thomas Steg, früherer Stellvertretender Regierungssprecher

Moderation: Prof. Dr. Thomas Leif, Vorsitzender netzwerk recherche e.V.

Thomas Leif: Thomas Steg, könnte der Begriff: „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ eine Erfindung von Ihnen sein?

Thomas Steg: Manches, aber nicht alles ist mir zuzutrauen. Dennoch überrascht mich so ein Begriff nicht. In der großen Koalition beispielsweise gab es ein Finanzmarktstabilisierungsfortentwicklungsgesetz. Auch unter rotgrün gab es derartige Wortungetüme, zum Beispiel Rentenversicherungs-Nachhaltigkeitsgesetz.

Thomas Leif: Hätten Sie denn damals in Höchstform in Ihrem Amt als stellvertretender Regierungssprecher interveniert, hätten Sie gesagt: das ist nicht der richtige Begriff?

Thomas Steg: Wir werden ja sicherlich im Laufe dieser Diskussion noch auf ähnliche Synonyme des Grauens kommen. Wenn ein Sprecher interveniert, ist es meistens schon zu spät. Diese Bezeichnungen werden schon sehr früh in den Beratungen in den Ministerien, zwischen den Ministerien entwickelt, also in einer sehr frühen Phase der Gesetzgebung auf der Grundlage sogenannter Referentenentwürfe und Sie kriegen dann die fertigen Ergebnisse präsentiert in einer Staatssekretärsrunde – da ist schon alles oder fast alles zu spät.

Thomas Leif: Christina Schildmann, wie ist Ihre Einschätzung? Sie haben jahrelang Reden für das Spitzenpersonal der SPD geschrieben und sich durch den Dschungel von Vorlagen gearbeitet. Wie nehmen Sie dieses Wachstumsbeschleunigungsgesetz wahr?

Christina Schildmann: Ich hätte den Begriff nicht verwendet, weil er absolut inhaltsleer ist, aber ich muss zugeben, dass auch die SPD ähnlich sinnfrei Begriffe produziert hat. Ich erinnere an einen Begriff aus der Zeit der Wahlkampf-Kommunikation über die Wirtschaftskrise, der hieß „Insolvenzlehrling“. Gemeint waren damit, Lehrlinge, deren Betriebe von Insolvenz betroffen waren – aber es klang so, als ob sie den Betrieb selber in die Insolvenz getrieben hätten.

Thomas Leif: Wenn Sie dann die Reden geschrieben haben, dann bereinigten Sie diese Unworte?

Christina Schildmann: Ja, weil ich finde, dass man sie den Zuhörern nicht zumuten kann. Wir erleben die Folgen einer solche künstlichen Sprache jeden Tag: Wenn Politiker anfangen zu reden, verschließen sich viele Ohren automatisch. Kaum jemand hört zu. Die Schuld daran tragen genau solche Worte.

Thomas Leif: Prof. Dr. Uwe Pörksen, Sie haben sich ein Leben lang mit politischer Sprache beschäftigt, als Analytiker unter anderem mit solchen Plastikwörtern, Sie haben zudem in Freiburg gelehrt. Würden Sie das Wort „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ auch in Ihr Lexikon der Unwörter aufnehmen?

Uwe Pörksen: Ich glaube, ich habe die Quelle gefunden. Es gibt da einen Mann aus dem amerikanischen Gesundheitsministerium, Broughton, der ein Schnellformuliersystem entwickelt hat. Links neun Adjektive, in der Mitte neun Substantive, rechts noch mal neun Substantive und dann wählt man eine Ziffer. Ein Beispiel: 3, 7, 7, das ist eine „systematisierte Wachstumspotenz“. Oder, 4, 7, 0, das wäre „progressive Wachstumsstruktur“. Es gibt auch eine „systematisierte Wachstumsprogrammierung“, und für den Fall, dass es schief geht, eine „Wachstumskontingenz“, so dass für alles gesorgt ist. Glücklicherweise hat Schäuble offenbar meine Plastikwörter gelesen .

Thomas Leif: Dr. Tobias Korenke, Sie waren früher auf der anderen Seite, haben für eine Agentur, die bekannt ist für eine sehr kreative Wortschöpfung, gearbeitet. Wäre so etwas auch in Ihrer Agentur möglich gewesen?

Tobias Korenke: Nein, natürlich nicht. Ich hätte in meiner langjährigen Beraterzeit so einen Begriff nicht verkaufen können. Übrigens scheinen mir viele Unternehmen inzwischen eine größere sprachliche Sensibilität ausgebildet zu haben als „die“ Politik. Die Kommunikationsverantwortlichen in den Unternehmen wissen, dass so ein Begriff ein Rückschlagspotenzial hat.

Thomas Leif: Frank A. Meyer, wie ist es bei Ihnen, Sie analysieren als Publizist, als Schweizer, die deutsche Szenerie. Was denken Sie, was verrät so eine Sprache der Gesetze über die Qualität der Politik?

Frank A. Meyer: Sie verrät etwas über die Politiker. Wir können Sprachporträts machen: von Politikern und Parteien. Beispielsweise die rot-grüne Regierung: Das war eine entschlossene, auch ein bisschen verkrampft-entschlossene Regierung, die zeigen wollte, wie kompetent und effizient sie ist. Sie verwendete schnarrende Begriffe wie „Agenda 2010“. Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz dagegen ist Abbild der Komplikationen der neuen schwarz-gelben Koalition. Bei Rot-Grün war die Sprache klarer. Da gab es ja auch einen autoritären Kanzler. Ein Beispiel für Schröder's Begriffs-Kultur ist „Hartz IV“. Was für ein Wort! So kann man mit den Bürgern eigentlich gar nicht reden. Man erschreckt sie mit dieser Sprache, was ja auch geschehen ist. „Hartz IV“ und „Agenda 2010“ sind Ausdruck der Ökonomisierung der Sprache.

Thomas Leif: Aber ist Wachstumsbeschleunigung nicht auch eine ehrliche Wortschöpfung? Es gibt kein Wachstum, da kann man es auch nicht beschleunigen.

Frank A. Meyer: Herr Leif, es kann nicht ehrlich sein, was die Sprache derart verbiegt.

Thomas Leif: Da hab ich wohl viel zu normal gedacht.

Frank A. Meyer: Genau, das ist das Problem.

Thomas Steg: Aber man muss sich die Dynamik in der Politik, in so einer Legislaturperiode vorstellen. Für das Jahr 2010 kommt das Wachstumsbeschleunigungsgesetz. Dann kommt das Jahr 2011, die Erweiterung, das Wachstumsbeschleunigungintensivierungsgesetz. 2012 kommt dann das Wachstumsbeschleunigungintensivierungsverstärkungsgesetz. Und 2013 wird bekanntlich gewählt. Da wäre wohl das Wachstumsbeschleunigungintensivierungsverstärkungsfortsetzungsgesetz angezeigt.

Frank A. Meyer: Lieber Thomas Steg, alle kennen Dich. Du warst ja in den Jahren des harschen Tones der Sanfte, der Besänftigende. Und sogar in der großen Koalition hast Du es hingekriegt: Der Unmut der Bürger ging in Dich rein und kam durch Deinen Mund besänftigt wieder raus. Wenn man Dir zuhörte, dachte man, es ist eigentlich alles in Ordnung. Du warst der Meister der politischen Sprache der Berliner Republik. Ich glaube, bei Dir ist das genetisch angelegt.

Thomas Leif: Liegt das nicht daran, dass Thomas Steg einer der wenigen nichttechnisch denkenden Leute in der Regierung war? Ist nicht dieser Begriff Wachstumsbeschleunigungsgesetz ein Ausdruck einer technischen Mentalität? Letztlich suggeriert dieser Begriff ja, man kann ein grundlegendes Problem sprachlich entsorgen.



Frank A. Meyer: Thomas Steg ist tatsächlich sehr menschlich. Und Begriffe wie Wachstumsbeschleunigungsgesetz sind Ausdruck einer riesengrossen Distanz zu den Menschen, zu den Bürgerinnen und Bürgern. Ein weiteres Beispiel für die Entfernung und Entfremdung der Politik: „die Menschen draußen im Lande.“ Diese Formulierung bedeutet: Ich sitze hier im Warmen und die andern sind draußen im Lande – was habe ich mit denen zu tun? Nicht viel! Auch kennen Sie alle den Satz: „Der Aufschwung ist bei den Menschen draussen im Lande noch nicht angekommen“. Diese Formel zeigt, weshalb der Aufschwung noch nicht angekommen ist: Er muss die riesengrosse Distanz vom Kanzleramt bis zu den Menschen irgendwo weit hinten in Deutschland überwinden. Das braucht Zeit. Übrigens sitzen auch wir Journalisten, die wir ja dies alles transportieren, schön gemütlich im Warmen.

Uwe Pörksen: Aber dieser Ausdruck ist eine Täuschung. Es gibt jetzt in dem ökonomischen Zusammenhang keine Sicherheit, dass eine Beschleunigung stattfindet, es wird aber als Gesetz formuliert. Das ist eine regelrechte Täuschung. Ja, aber sicher! Es gibt Interesse daran, diese Steuererleichterungen zu begründen. Da sagt man, das ist gesetzmäßig, und damit okay.

Thomas Leif: Wir sollten auch andere zentrale Begriffe in den Blick nehmen: Hartz IV und Agenda 2010. Thomas Steg ist jetzt frei, er kann uns wirklich die Wahrheit sagen, wie es dazu kam. Sie waren ja auch dabei, als diese Begriffe erfunden worden sind. Warum haben Sie nicht dagegen protestiert? Warum haben Sie nicht gesagt, das ist zu hart, haben hier Ihre semantische Sensibilität schon früher eingebracht.

Thomas Steg: Manche Dinge sind längst öffentlich. Agenda 2010 ist sicherlich kein Begriff, der Emphase auslöst oder Euphorie, und die Aufzählung von Maßnahmen allein ist vielleicht auch noch nicht das, was man sich vorstellt unter der Darlegung von Intention, Vision, Zielbestimmung. Aber ich glaube, es greift auch ein bisschen zu kurz, nur zu sagen, hätte man Hartz I, II, III, IV nicht verwendet, sondern stattdessen moderne Dienstleistung am Arbeitsmarkt, dann wäre alles besser geworden. Der eigentliche Kernpunkt ist, dass die Agenda 2010 auf die SPD und auf die sozialdemokratische Klientel gewirkt hat wie ein Fußballspiel aufs eigene Tor. Und wenn man aufs eigene Tor spielt, ändert man rein gar nichts, wenn man den Ball wechselt.

Thomas Leif: Können Sie uns ein bisschen Sozialkunde geben? Wie kommt das, dass solche Begriffe sich fortpflanzen, woran liegt diese systemische Störung im politischen Betrieb?

Thomas Steg: Viele Begriffe entstehen in den Ministerien, in den Verwaltungsstrukturen. Das Beamtendeutsch ist ohnehin eher eine vernebelnde Tarnsprache, aber die Beamten geben sich gleichwohl redlich Mühe. Man kann auch nicht erwarten, dass sie Autoren, Schriftsteller oder Meister im Umgang mit dem Wort sind. Die sind dafür zuständig, dass fachlich und sachlich alles richtig ist. In der Politik allgemein gibt es eine mangelnde Sensibilität im Umgang mit Sprache, es gibt zu wenig Kontrollmechanismen, vieles verselbstständigt sich. Erst am Ende merken dann alle, dass das Kind in den Brunnen gefallen ist, weil die Jargonsprache der Politik nicht mehr bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommt.

Thomas Leif: Frau Schildmann, Ihre Beobachtungen! Sie saßen ja auch im Auge des Taifuns. In der Sozialdemokratie wird viel geredet, man will mit einer Diskursoffensive Politik besser vermitteln. Wie schätzen Sie das ein, wie kommen solche Begriffe wie „Hartzen“ zustande - es ist ja sogar ein etablierter Begriff der Jugendsprache geworden.



Christina Schildmann: Ich glaube, in der Praxis fehlt oft die Sensibilität dafür, dass politische Sprache auch Emotionen auslösen muss. Begriffe, die wirken sollen, müssen das Potenzial haben, für Weltbilder zu stehen. Aber viele Politiker haben verlernt, wie man wertgebunden und emotional kommuniziert. Das ist besonders ein Problem der Linken, die immer glauben, man müsste nur Zahlen nennen, Daten nennen, Fakten nennen – und irgendwann würden alle einsehen, dass sie Recht haben Sie ignorieren dabei, dass das Gehirn ganz anders funktioniert, dass es abstrakten Begriffe und Zahlenkolonnen gar nicht aufnimmt, wenn sie nicht in Emotionen und Werte eingebunden sind.

Thomas Leif: Also, ein Kompetenzproblem?

Christina Schildmann: Nein, es ist ein Einsichtsproblem.

Thomas Leif: Aber Sie gehören ja zu einem Think Tank. Sie hätten doch in Ihren Reden den Spitzenpolitikern eine lebendigere Sprache vermitteln können.

Christina Schildmann: Wenn nur einer das tut, hilft das nicht viel. Gute Begriffe entstehen selten am Schreibtisch eines Redenschreibers, sie entstehen in größeren Zusammenhängen. Dafür braucht man Wissenschaftler, dafür braucht man Meinungsforscher, mit denen man über Jahre solche Begriffe entwickelt. Außerdem muss man diese Begriffe systematisch einführen und konsequent verwenden, damit sie sich durchsetzen können.

Thomas Leif: Sie hatten doch einmal freitags -als der Chef in Berlin weilte- versucht, Kurt Beck, als er noch SPD-Vorsitzender war, eine neue sozialdemokratische Sprache beizubringen. Und abends waren Sie recht verzweifelt .

Christina Schildmann: So etwas funktioniert natürlich nicht. Klar, jede Partei hat einen Begriffsbestand, der auch verwendet werden soll, aber ich muss sagen ...

Thomas Leif: Begriffsbestand nennt man das?

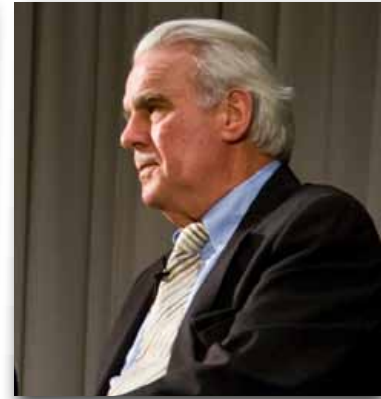
Christina Schildmann: Ein Bestand an programmatischen Begriffen. Bei der Einführung solcher Begriffe sind schon andere gescheitert. Es gab zum Beispiel Vordenker, die den Begriff „vorsorgender Sozialstaat“ erfunden haben, doch dieser Begriff war vielen politischen Akteuren nicht zu vermitteln. Er wurde dann auch nicht weiter verwendet.

Thomas Leif: Haben Sie den Eindruck, dass das nur das Personal lernt? Wenn man jetzt Siegmars Gabriels Dresdner Parteitags-Rede reflektiert, ist das ja doch eine ganz andere Tonart. Hängt das von den Schreibern ab, dass die sich mehr Mühe geben, mehr denken, mehr Fleiß investieren – oder liegt das auch an dem führenden Politiker? Hat Gabriel ein anderes Gefühl für Sprache?

Christina Schildmann: Mein Eindruck war, dass Gabriel genau den richtigen Ton getroffen hat. Er hat ein Gespür dafür gezeigt, welche Sprache in diesem Moment für die Partei wichtig war, die eine Zeit lang das Gefühl vermisst hat, dass ihre Werte und ihre Haltung in Worte gefasst werden. Sie braucht Begriffe, mit denen sie stolz nach draußen gehen kann, um selbstbewusst für die Sozialdemokratie einzutreten. Die Rede war für viele ein Befreiungsschlag.

Frank A. Meyer: Sie reden von einer Sprache, „welche in diesem Moment für die Partei wichtig war“. Wieso eigentlich eine Sprache für einen bestimmten Moment? Beck beispielsweise redete als er SPD-Vorsitzender war, wie Beck schon immer geredet hatte, vielleicht schon im Gymnasium als Klassensprecher. Das war doch immer er! Das ist doch immer noch er! Wieso braucht es eine neue sozialdemokratische Sprache? Damit die Bürgerinnen und Bürger wieder das Gefühl haben, dass sie gemeint sind? Dass es um sie geht? Heißt das etwa: Sie sind gar nicht mehr gemeint? Deshalb muss man ihnen wenigstens das Gefühl vermitteln, sie seien gemeint. Dazu braucht man offenbar Redenschreiber. Deutschland hat viele Politiker, doch hat das Land noch viel mehr Referenten und Redenschreiber, die sich wie Bodyguards vor die Politiker werfen, sobald diese etwas spontan zu sagen wagen. Machen Sie mal mit einem deutschen Minister ein Interview. Und schauen Sie, wie es nach dem Gegenlesen durch Referenten und Redenschreiber zurückkommt! Es ist alles gestrichen, was den interviewten Politiker menschlich gemacht hätte. So zerstören die Vorzimmerpäpste und -päpstinnen die Sprache der Politiker. Es ist entsetzlich! Und wissen Sie, meine Damen und Herren, was noch schlimmer ist? Wenn ein Politiker redet, wie ihm der Schnabel gewachsen ist, verzeihen es ihm die Journalisten nicht!

Thomas Leif: Wir können den Bogen zu Herrn Korenke spannen, denn wir wollen ja nicht nur negative Beispiele hören. Sie sind quasi Mitglied im Fanclub von zu Guttenberg, wie ich im Vorgespräch erkennen durfte. Ist Herr zu Guttenberg ein semantisches Ausnahmetalent, ein Sprachstar? Bei ihm passt alles zusammen: symbolischer Auftritt und die Sprache. Ist ein solides Sprach-Reservoir heute die Bedingung, um heute politisch erfolgreich zu sein?



Tobias Korenke: Herr Leif, ganz so hab ich das nicht gesagt. Aber in der Tat: Guttenberg unterscheidet sich in der Sprache deutlich vom politischen Establishment. Natürlich auch in seinem Habitus, überhaupt im Umgang mit politischer Symbolik. Da ist er in der Tat ein Meister. Es fängt allerdings schon damit an, dass er einen deutlich größeren Sprachschatz hat und über mehr Begriffe verfügt, als viele andere Politiker. Und er kann perfekt nuancieren. Was gar nicht so viele Politiker können, wenn man sich es sich genau betrachtet. Schauen Sie sich zum Beispiel mal die Rede an, die Guttenberg zum Jubiläum zum 20. Juli 1944 im vergangenen Jahr gehalten hat. Da würde ich mal sagen, es gibt kaum eine Rede in den letzten 20 bis 30 Jahren, die so differenziert mit dem Attentat umgegangen ist. Klar, er hat einen persönlichen Bezug – aber es ist schon bemerkenswert nuanciert, wie er Widerstand, Resistenz und so weiter differenziert. Da ist er einfach gut. Ich hab heute Morgen einen Workshop bei München gemacht mit Mitarbeitern eines Kraftwerks. Ich habe mal die „Guttenberg-Frage“ gestellt („wie findest Du ihn, kannst Du ihn verstehen?“) Und interessanterweise haben die Leute gesagt – die meisten von ihnen hatten keine akademische Ausbildung – Guttenberg spreche so, dass sie ihn verstehen können. Das ist doch sehr interessant! Ich habe dann übrigens auch mal die „Gabriel-Frage“ gestellt. Da fiel das Urteil nicht ganz so positiv aus.

Thomas Leif: Herr Pörksen. Sie beobachten Politiker seit vielen Jahrzehnten, was ist aus Ihrer Schnellsicht die Erfolgsformel von zu Guttenberg?

Uwe Pörksen: Ich höre am liebsten jemandem zu, bei dem ich merke, dass er in dem Augenblick, wo er spricht, selbst denkt. Und es ist nichts Fertiges, er formuliert im Moment sehr genau, ruhig, eigentlich fast zurückhaltend, und es wirkt so, als ob es aus ihm selbst heraus kommt. Das ist die Stärke dieses Mannes. Er hat außerdem eine sehr angenehme Stimme und ein angenehmes Aussehen. Und das spielt sehr gut zusammen.

Thomas Leif: Und wir wollen noch ein zweites Mal von dieser Faszination über Guttenberg hören. Frau Schildmann, im Vorgespräch haben Sie auch gesagt, da stimmt ziemlich alles.

Christina Schildmann: Ich hab damit gemeint, dass die Gesamtperformance stimmig ist. Die Sprache ist nur ein Teil der Guttenberg-Show, die ihn als neuen Typus von Politiker erscheinen lässt, als Popstar. Ich will nicht behaupten, dass das was er sagt, großartiger ist, als das was die anderen sagen, aber da ist ein neuer Sound. Und darum hört man bei ihm eher hin, dafür bekommt er die vielen Vorschusslorbeeren.

Thomas Leif: Was ist der andere Sound, der neue Sound?

Christina Schildmann: Er klingt eben nicht wie jemand, der sich im Politikbetrieb hochgedient hat, der seit 20 Jahren die Ochsentour macht, sich durch zehn Kilometer Akten gewälzt hat, sondern wie jemand, der wirklich von außen kommt. Als „Neuling“ bekommt man dafür dann auch Applaus, wenn man sich traut, das „Tabu“ zu brechen und einen Krieg „Krieg“ zu nennen..

Thomas Leif: Er ist adelig, besucht ACDC, Bälle und Soldaten im Krieg. Ist diese instinktsichere Präsenz auf vielen Bühnen auch ein Grund?

Christina Schildmann: Das ist auch ein Grund. Das begeistert die Leute ungemein, und die Sprache unterstreicht dieses Adlige. Mich bestürzt aber, dass selbst Kommentatoren, die ich eher als links eingeordnet hätte, sich darüber begeistern, dass da nun jemand ist, der es nicht nötig hat, Politik zu machen, weil er genug Geld besitzt und daher unabhängig ist. Das ist ein problematisches Demokratieverständnis.

Frank A. Meyer: Guttenberg ist doch zu 50 Prozent von den Medien gemacht! Wenn man jetzt sagt, er hat Mut gehabt, dann weiß ich nicht, wie viel Mut es braucht, um im Hintergrund zu erklären: Ich bin gegen den Opel Kredit – und dann am Ende doch dafür zu sein. Oder wie viel Mut es braucht, den Afghanistan-Krieg als Krieg zu bezeichnen, wenn es längst fällig ist, dass einer Krieg sagt. Guttenberg ist perfekt. Man brauchte dringend einen Perfekten. Deshalb beschreibt man ihn auch als perfekt. Doch er wird das Opfer dieses Bildes werden, sollte er mal stottern, schwitzen und rot werden vor Verlegenheit. Wenn Marienkult um einen Mann möglich wäre, dann wäre das, was die deutschen Medien monatelang betrieben, Marienkult um Guttenberg.

Thomas Leif: Sie haben gesehen, er erfüllt heute eine Doppelrolle. Analytiker und Kabarettist. Das kommt uns sehr entgegen.

Frank A. Meyer: Das Kompliment ist nett gemeint. Aber ich bin ganz einfach nur so, wie ich nun einmal bin. Genießen Sie es.

Thomas Leif: Ja, schon okay.

Tobias Korenke: Guttenberg bedient natürlich ein enormes Bedürfnis. Dass er so gehyped wird, gerade von den Journalisten, zeigt sagt sehr viel darüber, was sonst noch oder, besser gesagt, nicht los ist im politischen Betrieb. Man braucht offenbar so eine Figur. Das Phänomen Guttenberg allerdings auf den Adel zu reduzieren, halte ich für wahnsinnig kurzsichtig. Natürlich hat es auch was mit Unabhängigkeit zu tun. Es hat aber auch und vor allem etwas mit Bildung zu tun. Und natürlich hat es auch mit einer gezielten Medienstrategie zu tun, die bewusst ein Gegenstück setzt zum sehr weit verbreiteten Politikerjargon.

Thomas Leif: Thomas Steg, Sie haben sich ja viel Mühe auch mit der Kanzlerin gegeben, haben Sie ihr sehr geholfen? Sie wollte kaum mehr auf Sie verzichten. Was hat zu Guttenberg mehr an Potential, mehr an Inszenierungs-Substanz, verfügt er über einen grösseren Wortschatz als die Kanzlerin. Was unterscheidet die beiden?

Thomas Steg: Das Geschlecht.

Thomas Leif: Jenseits des Geschlechts?

Thomas Steg: Sie ist Kanzlerin, er ist Minister.

Thomas Leif: Gibt es darüber hinaus noch eine Stufe ihrer Erkenntnis? Was die Sprache angeht, gibt es da Unterschiede? Oder, würden Sie sagen er ist ein Naturtalent im Umgang mit den Medien?

Thomas Steg: Was heißt Naturtalent? Also, der Mann ist nicht wegen seiner Sprachbegabung, nicht wegen seiner Eloquenz Minister geworden, sondern weil Michael Glos zurückgetreten ist. Dann hat er aus der Situation nicht nur das Beste gemacht, sondern er hat diese Situation hervorragend für sich genutzt. Es kam sehr schnell die Zuspitzung in der General Motors-Opel-Magna-Frage. Eine Verhandlungsrunde bis spät in die Nacht im Kanzleramt. Er hat die Lösung mit Magna mitgetragen, hat aber seine Bedenken geltend gemacht und nach außen so getan, als ob er eigentlich dagegen ist. Damit hat er einem Bedürfnis entsprochen nach einem Politiker, der endlich einmal Klartext redet. Die Sprache der Politik mutet ansonsten immer blutleer an. Schablonenhaft, steril, technisch. Und dieser Mann

hatte nun den Mut oder war es bloß kalkuliert und berechnend, zu sagen, eine geordnete Insolvenz – übrigens versteht kein Normalsterblicher, was das ist – aber eine geordnete Insolvenz wäre viel besser, als dieser Verkauf mit staatlicher Unterstützung an Magna. Und da haben die Leute das Gefühl gehabt: Da spricht endlich mal jemand die Wahrheit aus. Das ist jedoch nur die Suggestion von Authentizität, das ist eine Suggestion von Redlichkeit. Ob er das halten kann, muss man abwarten. Er ist hochprofessionell und er hat sicherlich – insofern würde ich Tobias Korenke zustimmen – er hat eine gegenüber vielen anderen Abgeordneten und Politikern enorme Variationsbreite, was habituelle Auftritte betrifft, was Sprachvermögen betrifft.

Thomas Leif: Wenn man Ihre Analyse noch einmal eine Stufe höher hebt auf die politische Klasse selbst, was glauben Sie. Welche Rolle spielt Eloquenz heute im Ranking der Politik?



Thomas Steg: Eloquenz ist sicherlich hilfreich, ein eloquenter Politiker muss aber nicht ein erfolgreicher Politiker sein; es muss auch nicht derjenige sein, der in Spitzenfunktionen kommt. Möglicherweise braucht man da ganz andere Fähigkeiten wie innerparteiliche Durchsetzungsfähigkeit. Vielleicht kann ein Spitzenpolitiker auch einen Rhetorik-Lehrstuhl übernehmen, aber ein Rhetorik-Professor ist als Bundeskanzler schwer vorstellbar.

Thomas Leif: Meine Frage war vielleicht unpräzise gestellt, und bezog sich allerdings auf das handelnde Personal in der Spitze heute. Ist in dieser so genannten Mediendemokratie Eloquenz wichtiger als ein Gesetz solide zu organisieren? Ist die Frage so unverständlich?

Thomas Steg: Seien Sie unbesorgt. Wenn es um Sein und Schein in der Politik geht, muss man sich ein bisschen trennen von der Momentaufnahme und dem aktuellen Eindruck. Ich glaube schon, dass in the long run, die Substanz von Politik, die Substanz der Gesetzgebung, der materielle Gehalt von Politik wichtiger ist als das, was man sprachlich und semantisch leisten oder gar camouflieren kann.

Thomas Leif: Gibt es da Widerspruch zu dieser Aussage?

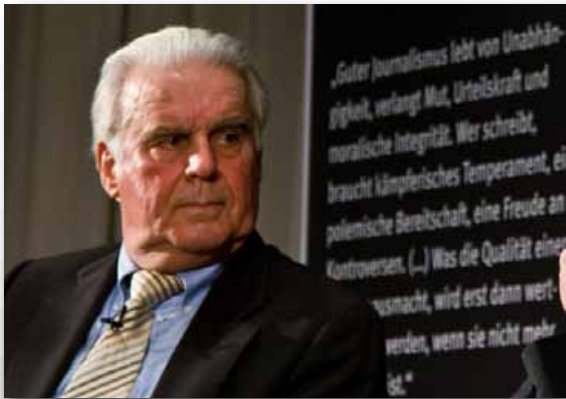
Frank A. Meyer: Ich komme aus einem Land, wo die Politiker die Kunst der brillanten Rede nicht beherrschen. Es ist ja auch schwierig, aus dem Berndeutsch oder dem Zürಿದೆutsch Deutschdeutsch zu machen. Brillanz ist kaum möglich, es bleibt das Tempo, also eine gewisse Langsamkeit, und es bleibt der Akzent, also Holprigkeit. Und wenn ein Politiker in der Schweiz ausnahmsweise sehr gut Deutsch spricht, dann stellt sich sofort ein gewisses Misstrauen ein: Ist das noch ein echter Schweizer? Doch ich habe in meinen 40 Berufsjahren als politischer Journalist beobachtet, dass Politiker, die nicht besonders gut formulierten, dennoch sehr gute Arbeit geleistet haben. Diese Politiker nahmen sich Zeit zum Denken, bevor sie redeten. Es ist unsere Aufgabe als Journalisten, für Politiker, die nicht brillant formulieren, klare und gute Sprache herzustellen. Doch habe ich den Eindruck, manche Kollegen verweigern

sich dieser Spracharbeit. Sie möchten den Politikspruch am liebsten von einem PR-Büro wie einen hübsch gebundenen Blumenstrauß überreicht bekommen.

Thomas Leif: Ich würde gerne von der Innenpolitik über zu Guttenberg noch ein außenpolitisches Thema aufgreifen. Zu Guttenberg hat ja eine späte Sprachkorrektur zum Krieg in Afghanistan vorgenommen und sich trotzdem immer noch ein Hintertor offen gehalten. Er hat ja eine Rhetorik, die erst einmal sehr klar und eindeutig klingt, aber dann gibt es doch noch ein Wenn und Aber im Hintergrund. In seine vermeintlich klaren, verwertungsfähigen statements hat er immer eine Art Hinterbandkontrolle eingebaut. Wie schätzen Sie das ein?

Uwe Pörksen: Ich selbst schätze das so ein, dass es sehr viel Grund dafür gibt, nicht von Krieg zu sprechen. Es ist ein, für meine Begriffe, tatsächlich großer Unterschied, ob man das, was dort stattfindet, als Krieg bezeichnet, so wie es Bush programmatisch zwei Tage nach dem Attentat auf die Twin-Towers getan hat. Er hat von „war“ und „terrorism“ gesprochen. 14 Tage später hat Eppler im Berliner Willy-Brandt-Haus einen Vortrag gehalten, in dem er festgestellt hat, beide Begriffe treffen nicht zu. Krieg ist eine militärische Auseinandersetzung zwischen Staaten und Völkern. Hier handelt es sich um eine Gruppe, deren Umfang man nicht kennt, hier handelt es sich um Kriminelle, um ein Verbrechen und man muss anders davon sprechen; man muss anders handeln. Epplers Hauptmotiv war: Wenn ich Krieg gegen den Terrorismus sage, dann geht von dem Wort Krieg etwas aus auf das Gegenüber. Das Gegenüber wird durch das Abstraktum Terrorismus zu einer Einheitsfront, gegen die man militärisch vorgehen kann.

Thomas Leif: Ja, aber was wäre Ihr Vorschlag, was wäre der präzise Begriff, um die Vorgänge in Afghanistan klarzustellen? Niemand zweifelt ernsthaft daran, dass es sich hier um einen Krieg handelt?



Uwe Pörksen: Ich zweifle daran. Ich halte diese Wortwahl und die ihr folgende Handlung für gefährlich. Man hat es mit einem anderen Phänomen zu tun. Ich habe sehr bedauert, dass von Guttenberg, kaum war er Verteidigungsminister, das Prinzip der sorgfältigen Recherche und genauen Wortwahl verlassen und sich der Funktion seines Amtes unterworfen hat. Dass Obama die Absicht hat, durch Truppenverstärkung einen Krieg zu gewinnen. Ich habe keinen genauen Vorschlag. Ich halte eher kriegsähnliche Zustände für richtig, eigentlich würde ich eher von Polizeiaktionen sprechen, die gerichtet sind gegen eine Gruppe, die staatsfern mit den Mitteln privatisierter Gewalt Terror ausübt.

Thomas Leif: Ich glaube Sie hätten das Verteidigungsministerium früher beraten sollen. Dann hätte es so viel Sprachgewirr um einen verdrängten Krieg nicht gegeben.

Tobias Korenke: Die Formulierung „kriegsähnliche Zustände“ hat natürlich auch eine innenpolitische Dimension. Will dieses Land wirklich „im Krieg“ sein? Dieser Sprachgebrauch hat selbstverständlich

auch etwas mit dem konkreten Vorfall in Kundus vor einigen Wochen zu tun. Nach all dem sind es Zustände in Afghanistan, die durchaus kriegsähnlichen Charakter haben und die einen Soldaten, wie diesen Hauptmann, vor eine Entscheidung gestellt haben, die nicht die klassische Polizeisituation ist, sondern doch sehr viel näher an einer Kriegssituation liegt.

Thomas Leif: Herr Steg, wenn die kriegsähnlichen Zustände so viel Zustimmung auf der rechten Seite hier finden, dann hätte man doch gar nicht zu dem Begriff Krieg kommen müssen. Tendieren Sie auch zu kriegsähnlichen Zuständen, „soft war“ sozusagen ...

Thomas Steg: Ich glaube, das ist ein ganz interessantes Beispiel, an dem man auch erkennen kann, wie problematisch es ist, wenn man vermeintlich sprachliche Klarheit schafft. Wenn wir von Krieg reden, hat das auch eine völkerrechtliche Dimension, wenn es um Entschädigungsansprüche geht oder um Klageverfahren. Man hat eine ganz andere Rechtstellung als Soldat und eine ganz andere Verantwortung als Dienstherr. Also ist es nicht irgendwie belanglos oder nebensächlich, wenn man von Krieg spricht, aber ein Krieg gar nicht erklärt ist. Es hilft aber auch nicht weiter, wie in einem Oberseminar zu debattieren oder in eine sozialwissenschaftliche Literatursammlung zu blicken, ob es asymmetrische Kriege sind, neue Kriege, privatisierte Gewalt oder ähnliche Dinge. Das hilft praktisch überhaupt nicht weiter. Die Politik befindet sich in der Bezeichnung dessen, was in Afghanistan passiert, objektiv in einem Dilemma und sie wirkt jetzt noch einmal besonders hilflos gegenüber den Betroffenen, den Soldaten, die dort eingesetzt sind, gegenüber den Familien hier in Deutschland, die Angst haben um ihre Angehörigen. Hier wird immer noch von robusten Einsätzen gesprochen, hier wird von einem gefährlichen Mandat gesprochen, von einem Stabilisierungseinsatz. Für die Angehörigen, für die Soldaten aber ist das, was in Afghanistan passiert, worin sie sich befinden, Krieg. Politik aber kann, ich habe versucht, das deutlich zu machen, den Einsatz in Afghanistan nicht so umstandslos als Krieg bezeichnen.

Thomas Leif: Wie kommen Sie aus diesem von Ihnen skizzierten Dilemma heraus?

Thomas Steg: Indem man einfach sagt, dass es ein Dilemma ist. Und deutlich macht, dass Krieg ein ganz bestimmter Terminus ist, der sozusagen alltags- und umgangssprachlich verwendet wird, aber der gleichzeitig auch ein Terminus technicus ist in der juristischen, in der völkerrechtlichen Sprache.

Thomas Leif: Dann hätte zu Guttenberg ja einen schweren Fehler begangen...

Thomas Steg: Es ist nie unproblematisch in kurzer Zeit einen Sachverhalt anders zu bezeichnen und zu bewerten. Wir wissen nicht, ob eine juristische Expertise ihm angeraten hat, kriegsähnlicher Zustand zu verwenden, um die Differenz zwischen der rein wissenschaftlichen-juristischen Definition und der Alltagsmeinung der Menschen in unserer Republik zu überbrücken. Aber die ganze Debatte ist nicht vertrauensfördernd. Es wirkt zu beliebig, einfach neue Begriffe zu verwenden, ohne eine überzeugende Begründung zu liefern.

Thomas Leif: Frau Schildmann, kommentieren Sie die Kriegsfrage bitte.

Christina Schildmann: Ich war überrascht, dass Professor Pörksen den Begriff „Polizeieinsatz“ vorgeschlagen hat, zumal ich ihm niemals unterstellen würde, auf amerikanische Propagnada hereinzufallen. Aber der Begriff „Polizeieinsatz“ war in der Irakkriegskommunikation ein ganz wichtiger Bestandteil des „Framings“. Damals ging es darum, der amerikanischen Bevölkerung und der Welt einen entsprechenden Deutungsrahmen zu liefern, indem man folgendes Bild gemalt hat: Da ist der amerikanische Sheriff, der Gute, der Held – und der geht in den Irak und setzt den bösen Schurken fest: Saddam Hussein.

Thomas Leif: Ich würde Sie gerne einen Schritt weiter führen in die Frage, ob man mit den Begriffen die politische Klasse nutzt, auch führen kann. Der Kollege Peter Ehrlich von der Financial Times Deutschland hat nach dem Koalitionsvertrag vom „schwarz-gelben Sprachnebel“ geschrieben und er hat gesagt, dass der Mut zu klaren Formulierungen fehlt: „Freiheit zur Verantwortung ist der Kompass

dieser Koalition der Mitte“. Herr Steg, wie erklären Sie sich, dass eine Koalition, die immerhin vier Wochen Zeit zum nachdenken hatte, so ein Sprachungetüm als Kernbotschaft der Koalition präsentiert? Woran liegt diese Form administrativer Sprachlosigkeit?

Thomas Steg: Ich habe den Eindruck, das ist Politik im Normalzustand. Das Überraschende ist doch nicht der hier so bezeichnete Sprachnebel, sondern es wäre überraschend, wenn es anders gewesen wäre. Wenn es andere Ankündigungen gegeben hätte, polarisierende Ankündigungen, neue Projekte, die sofort Widerstand hervorrufen. Gerade zu Beginn einer Legislaturperiode versucht man zunächst einmal zu sedieren und zu camouflieren und möglichst wenig konkret zu werden. Natürlich erleben wir das tagtäglich, wenn wir Politik verfolgen. Ständig hört man Sprachungetüme, Plastikwörter en masse. Ich erinnere einen ehemaligen parlamentarischen Staatssekretär, der sagte: „Wir müssen jetzt die Zeitschiene mit Inhalten füllen.“ Man muss dann schon sehr genau mitdenken, um zu erraten, was er meint.

Thomas Leif: Ich will es nur verstehen. Ich kann mir kaum vorstellen, dass ein grosser Mitarbeiterstab vier Wochen lang die Koalitionsverhandlungen in der Landesvertretung NRW begleitet und am Ende sprachlos auf leere Manuskripte schaut. Warum liefern Spitzen-Mitarbeiter am Ende dann so etwas ab? Warum werden hier nicht mehr Ressourcen investiert?

Thomas Steg: Also ich glaube, dieser Eindruck täuscht. Im Koalitionsvertrag finden sich ja schon so genannte Fahnenwörter. Freiheit und Verantwortung! Es ist die Vorstellung, dass mit einer ganz bestimmten Aufzählung wohlklingender Begriffe, die auch besonders identifikationsfähig sind, die eigene Wählerschaft angesprochen werden kann. Gleichwohl bleibt das Gefühl, damit ist gar nichts benannt. Es bleibt alles im Ungefähren, es bleibt alles weich und wattig, und man hat nach Lektüre doch sehr den Eindruck, dass es an der Zeit wäre für einen Plattitüden-Sperrvertrag ...

Thomas Leif: Und wie kommt dieser Eindruck zustande?



Frank A. Meyer: Durch ein geschlossenes Sprachsystem der Berliner Republik. Es herrscht hier ein geschlossenes Sprachsystem, das sich auch auf die Wirtschaft erstreckt, die hier mit ihren Lobbyisten tätig ist. Würden wir Journalisten uns weigern, das zu transportieren, würde es nicht funktionieren. Dieses geschlossene System ist stärker als in der Zeit der Bonner Republik. Es ist undurchlässiger geworden, man findet sich auch wahnsinnig gut in diesem System, man ist toll, man gehört dazu – und mit man meine ich die Journalisten. Wenn die dazu gehören dürfen, dann ist das für viele das Größte. Dieses geschlossene System ist jetzt ein bisschen anders, weil es eine neue Regierung gibt. Aber es bleibt ein geschlossenes System – und hat mit den Menschen draußen im Lande, bei denen es ankommen muss, eigentlich nichts zu tun. Und das spüren die. Gutenberg erfüllt die Sehnsucht nach einem, der mal anders ist. Ja, er spricht schon so, dass man ihn versteht. Wahrscheinlich hat er sich von klein auf mit Dienstboten verständigt – manchmal habe ich auch das Gefühl, die Höflichkeit, die man Dienst-

boten gegenüber hat, die wendet er jetzt in der Politik an. Aber wirklich anders ist auch er nicht. Darum gibt es ja die Sehnsucht, beispielsweise nach diesem knarzigen Willy Brandt. Die Politikersehnsucht in Deutschland heißt eigentlich Willy Brandt. Oder Franz Josef Strauß, der auch bei zwei Promille noch was hervorgebracht hat.

Thomas Leif: Wie ist denn aus Ihrer Sicht die Verbindung zwischen Ungenauigkeit im politischen Kurs und Ungenauigkeit in der Sprache? Gibt es da eine Verbindung, wenn man zum Beispiel dieses Politikgeschwurgel liest, auch im Koalitionsvertrag: „Wir stellen den Mut zur Zukunft der Verzagttheit gegenüber.“ Das ist noch nicht mal erfunden, das steht da wirklich drin. Ist es auch in Ihrer SPD-Erfahrung so, dass wenn man nicht so richtig weiß, wohin man will, etwa in einer Banken- oder Finanzkrise, dass dann nur noch ein Haifisch auf Plakaten präsentieren kann, weil man verbal nicht zubeißen möchte?

Christina Schildmann: Es gibt so ein schönes Buch von einem Satiriker, der hat den Slogan: „Zukunft ist für alle gut.“ Also das ist natürlich völlig sinnentleert. Wenn man sich die Sprache der schwarz-gelben Koalition anguckt, das finde ich sehr interessant aus SPD-Perspektive zu sehen: Sie verwenden unsere Begriffe. Die benutzen den Begriff Nachhaltigkeit, wie wir das gemacht haben, die sprechen von Zusammenhalt, das sind dann die Fahnenwörter, die natürlich auch in dem Kontext der Sozialdemokratie immer Bestand hatten. Diese Wörter sind dann entleert.

Thomas Leif: Kommen wir zur Unschärfe im Programm. Man weiß nicht genau, was man will, zum Beispiel jetzt in Afghanistan. Wird man erst Hearings machen, ehe man Klarheit hat, was man denken soll? Spielt das auch eine Rolle, dass sehr viele Programmaussagen unscharf, ungenau und fraglich sind?

Thomas Steg: Ich wollte noch einmal auf den Punkt eingehen, dass das sozusagen eine hermetische Welt hier ist in Berlin, ein geschlossenes System. Das wird nicht aufgebrochen. Das ist übrigens auch ein Problem der Journalisten, die sich alles bieten lassen bzw. vieles mitmachen. Beispiel: Pressekonferenz mit Parteigeneralsekretär. Diese Politiker haben nun wirklich einen bedauernswerten Job, das gebe ich zu. Dann werden sie gefragt nach einer Präsidiumssitzung und sollen oder dürfen im Prinzip nichts sagen. Aber sie werden gefragt und dann sagen sie etwa folgenden Satz: „Wir arbeiten an einer breiten Palette zukunftsorientierter Fragestellungen.“ Und damit kommen die durch. Es wäre an dieser Stelle Aufgabe kritischer Journalisten nachzufragen und solche Sprechblasen zum Zerplatzen zu bringen.

Thomas Leif: Herr Korenke, noch einmal zur Praxis. Sie müssen ja mit Industriefirmen aber auch mit Politikern Arbeitsgruppen bilden und arbeiten an funktionierenden Sprachbildern. Was ist Ihre Erfahrung, warum ist das so mühselig in diesem Feld Fortschritte zu erzielen? Woran liegt diese Misere strukturell?

Tobias Korenke: Das hat mit dem in Deutschland weit verbreiteten technischen Denken zu tun. Unsere Eliten sind in der Regel „technische Eliten“: Rechtstechniker, Wirtschaftstechniker und natürlich auch richtige Ingenieure. So ein Wirtschaftsführer etwa denkt primär in Zahlen, der ist in erster Linie an Shareholder-Value orientiert. Der denkt und redet in einer Sprache, die der Finanzmarkt versteht, aber nicht der „normale“ Bürger und übrigens meistens auch nicht die Politik. Will er sich verständlich machen, geht es darum, eine technische, betriebswirtschaftliche Logik in eine menschliche Logik zu übersetzen. Das ist sehr harte Arbeit.

Thomas Leif: Ja, wie ist da Ihre Erfahrung?

Tobias Korenke: Wie gesagt: schwierig. Der politische Diskurs ist – vielleicht notgedrungen – stark juristisch geprägt. Juristen „ticken“ eben auch technisch. Da ist es verdammt schwer, eine kommunikative Sensibilität herzustellen und den Mandanten von der Notwendigkeit einer klaren, verständlichen Sprache zu überzeugen. Hinzu kommt: Die Politik hat weitgehend vergessen, dass sie so etwas wie einen Vermittlungsauftrag besitzt. Dass Entscheidungen, insbesondere auch unpopuläre, vertreten und ausgiebig erklärt werden müssen. Ich kann mich an eine Diskussion mit dem Fraktionsvorsitzenden

einer Regierungspartei vor einigen Jahren erinnern. Der hat mich ganz blöde angeguckt, als ich danach gefragt habe, welchen Stellenwert das Erklären von politischen Entscheidungen für ihn hat: Ganz offensichtlich keinen. Ich glaube, dass das Bewusstsein, dass Politik irrsinnig viel mit Vermittlungsarbeit zu tun hat, verloren gegangen ist. Journalisten haben einen ganz erheblichen Anteil an dieser Entwicklung. **Thomas Leif:** Herr Pörksen – Früher gab es ja unter Heiner Geißler die so genannte Schreibstube, in die er Hauptabteilungsleiter tagelang eingesperrt hatte, um griffige Begriffe zu finden. Wäre so etwas ein Weg um eine bessere politische Sprache zu erfinden?

Uwe Pörksen: Nein. Ich glaube, die Unschärfe gehört zur politischen Sprache. Wenn sie nicht eine gewisse Unschärfe hat, eine gewisse Unbestimmtheit, wird sie allzu rasch widerlegbar. Sie braucht eine gewisse Offenheit und Unbestimmtheit, das gehört zum Metier. Und derzeit ist es auch sehr schwer. Weder auf der Seite der Koalition, noch auf der Gegenseite, gibt es eine klare politische Antwort auf das, was stattgefunden hat im Jahr 2008. Und das ist wiederum auch mörderisch schwer. Also ich habe einen enormen Respekt vor dem, was seit einem Jahr passiert ist – und ich habe Respekt vor den Antworten und Antwortversuchen. Denn das übersteigt eigentlich eine gewisse Verantwortungsmöglichkeit, was an Krisenzustand in Wirtschaft, in Finanzen stattfindet. Darauf gibt es keine entwickelte Antwort. Sie wäre notwendig im wörtlichen Sinn: die mit allen Kräften und ohne Übereilung entwickelte Antwort. Nicht das damalige sogenannte Besetzen von Begriffen. Die würden folgen. Brandt hat im Zustand des Kalten Krieges einen neuen Gedanken in die Welt gesetzt. Und das nach langer, langer Beratung. Zwei Jahre Beratung und dann stand eine Formel fest.

Thomas Leif: Herr Steg: Teilweise hat auch der frühere Geschäftsführer der SPD, Peter Glotz, auch mit diesen Methoden gearbeitet – glauben Sie, dass das eine Lösung wäre, institutionalisiert intensiver an Begriffen zu arbeiten, und damit mehr Programmschärfe zu generieren, sprachliches Profil zu erzeugen?



Thomas Steg: Das muss ja geerdet sein, was da stattfindet. Wenn sie nur eine Schreibwerkstatt einrichten, um neue Plastikwörter zu erfinden, weil die Politik substantziell nichts anderes hergibt, dann ist es künstlich und aufgesetzt und nicht glaubwürdig. Die Beispiele, die wir genannt haben, sprechen ja eine andere Sprache. Da war zum einen der Wandel durch Annäherung. Bis das in die entsprechenden Verträge und die neue Ostpolitik einfluss, ist daran ein Jahrzehnt gearbeitet worden. Das heißt, Sie brauchen eine politische Idee; wenn Sie diese politische Idee haben und sie auch weiter verfolgen wollen, dann können Sie auch die Begriffe finden. Heiner Geißler hatte den Anspruch, nach dem Regierungsverlust in den 70er Jahren mit der Schreibwerkstatt etwas Neues zu kreieren. Es war mit der „neuen sozialen Frage“ ein sehr erfolgreiches Projekt, das hat zwar 1976 noch nicht funktioniert, aber es war das beste Ergebnis mit mehr als 48 Prozent für die Union damals. Das heißt: Die Politik ist die Grundlage. Wenn man aber den Weg umgekehrt beschreiten will, erst die Begriffe entwickeln und dann prüfen will,

ob man dafür eine Politik findet, dann muss man scheitern.

Frank A. Meyer: Die Politik muss entschleunigen. Sie muss sich Zeit lassen. Als Gegenprinzip zur beschleunigten Gesellschaft. François Mitterand hat einen wunderbaren Satz gesagt: „Man muss der Zeit Zeit lassen.“ Die Politik braucht Zeit, damit die Bürgerinnen und Bürger sich überhaupt darauf einlassen können. Es wird wortreich beklagt, was sich die Journalisten von den Politikern gefallen lassen müssen. Doch schauen wir mal, was sich die Politiker von den Journalisten gefallen lassen, zum Beispiel in der Sendung „hart aber fair“ von Frank Plasberg: Da sitzen Minister wie Schüler vor ihrem Lehrer. Plasberg ist die Autorität, er steht nämlich, wie der Lehrer in der Schule. Oder denken Sie an Kerner und Beckmann: Die sitzen hinter einem Pultchen, davor sitzen die Politiker: wie in einem Anstellungsgespräch – das ist die Botschaft, die der Bürger sieht. Und das lassen sich die Politiker gefallen. Oder ein letztes Beispiel dafür, wie sich der Journalismus überhöht: Die Studios von ZDF und ARD für Tagesschau und Tagesthemen. Das sind Weltregierungszentralen: im Hintergrund die Weltkarte, an phallischen Pulten, die Nachrichtensprecher ... eine Potenzprotzerei ohnegleichen. Was dann aufgesagt wird, könnten Schauspieler besser.

Thomas Leif: Frau Schildmann – in einem Aufsatz haben sie gefordert, dass man handwerklich viel mehr an Begriffen arbeiten müsse. Wie realistisch ist dieser Befund denn überhaupt? Wenn man hört, unter der Regierung Schröder gab es selten solche Treffen und dann wurde der Begriff „Zivilgesellschaft“ generiert; aber da bemerkte Schröder irgendwann einmal, dass er und seine Politik eigentlich so viel mit der Zivilgesellschaft gar nichts zu tun haben... Da bröckelte das „erfundene“ Themenfeld schon. Diese Lustlosigkeit war bereits in der zweiten oder dritten Rede zu sehen. Also, wo nehmen Sie die Hoffnung her, dass sich in Ihrem Milieu solche Begriffsschmieden entfalten können?

Christina Schildmann: Ich stelle fest, dass das Bewusstsein dafür wächst, dass diese Arbeit an Begriffen notwendig ist. Wir haben im Wahlkampf erlebt, dass wir zwar Positionen vertreten haben – gegen Studiengebühren, für Mindestlöhne – bei denen 70 bis 80 Prozent der Bevölkerung in Deutschland haben gesagt: Wir sind dafür. Und dennoch haben wir dieses Wahlergebnis eingefahren. Wir sind mit unserer Botschaft nicht durchgedrungen. Wir haben vor nicht langer Zeit zwei amerikanische Wissenschaftler ins Willy-Brandt-Haus eingeladen, die uns ein paar wichtige Hinweise dazu gegeben haben, was eigentlich in den Köpfen der Menschen passiert, wenn sie mit politischen Botschaften konfrontiert werden und wie notwendig es ist, systematisch „Begriffsarbeit“ zu leisten. Die Demokraten in Amerika waren kommunikativ über lange Zeit hoffnungslos unterlegen, weil sie nicht wie die Konservativen Think Tanks hatten, die sich systematisch mit Sprache beschäftigt haben. Die konservativen Think Tanks haben Begriffe getestet und eingeführt, die wirklich geholfen haben, Politik zu steuern. Sie haben mit Begriffen Weltbilder generiert. Beispielsweise haben die Republikaner systematisch von „Steuererleichterungen“ gesprochen. Sie haben damit in den Köpfen das Bild gemalt: Steuern sind eine Last auf den Schultern der hart arbeitenden Bürger und im Grunde ungerecht. Mit einem Wort wurde ein Weltbild gezeichnet, das jegliche Umverteilung und den Sozialstaat insgesamt in Frage stellt. Das hat gewirkt, wie man lange an den Wahlergebnissen sehen kann. Die beiden amerikanischen Wissenschaftler haben uns auch auf einen anderen Fehler hingewiesen: Wir haben uns als Partei auf Begriffe eingelassen, die im Grunde aus dem gegnerischen Begriffsinventar stammen. Und deswegen hatten wir der FDP auch sprachlich so wenig entgegensetzen. Wir haben zum Beispiel genauso wie die FDP vom schlanken Staat gesprochen, aber dieser schlanke Staat ist schon längst zur Metapher geworden: für einen Staat, der im Grunde kaum handlungsfähig ist, der geizig ist, weil er sich keine Sozialausgaben leistet.

Tobias Korenke: Absolut. Die SPD hat ganz entscheidend zur gesellschaftlich weit verbreiteten Ablehnung des Staates beigetragen. Zum Beispiel, in dem sie den Begriff Zivilgesellschaft instrumentalisiert hat. Gerhard Schröder hat diesen Begriff ja ziemlich gepusht. Zivilgesellschaft wurde so fast ein Gegenmodell zum Staat. Man hat Zivilgesellschaft ausgespielt gegen Staat, ohne zu bedenken, dass eine vernünftige Zivilgesellschaft natürlich einen stabilen und starken Staat braucht. Das ist sprachlich vorbereitet gewesen. Die SPD hat auf der Höhe des Marktradikalismus mitgespielt. Wenn man in der Partei überhaupt vom Staat gesprochen hat, und man hat das sehr ungern getan, dann über den schlanken Staat.

Thomas Leif: Herr Steg, sehen Sie das mit einer gewissen zeitlichen Distanz genauso?

Thomas Steg: Jetzt zur Zivilgesellschaft?

Thomas Leif: Ja, zu der These, dass die SPD diese Rhetorik aufgenommen hat. Und es gibt ja in der SPD selbst eine sehr intensive Diskussion darüber, ob auch die sozialdemokratischen Positionen grundlegend von den Sinnstrukturen des Neoliberalismus über ein Jahrzehnt lang infiziert worden sind.

Thomas Steg: Aber ohne Frage ist es doch so, dass sich seit Mitte der 70er Jahre - damals begann der neoliberale Siegeszug – alle Kräfte auf der politischen Linken angepasst haben in der Sprache. Irgendwann wird das mit dem Neoliberalismus in den nächsten Jahren auch auslaufen, nicht in den nächsten Tagen, aber in den nächsten Jahren. Und das wird wieder über Sprache und über Begriffe und über andere Deutungsmuster erfolgen. Spannender wäre es, diesen Prozess vorherzusehen. Die Flaggsignale der kommenden Zeit, wie Walter Benjamin sie genannt hat, frühzeitig zu erkennen. Aber ich befürchte, wir werden es erst im Nachhinein begreifen, wann der Umschlag in den hegemonialen Deutungsmustern erfolgt ist.

Thomas Leif: Jetzt kommen wir zur Schlussrunde. Herr Professor Pörksen, was wäre Ihr positiver Gedanke. Wie gelingt die Revitalisierung der politischen Sprache?

Uwe Pörksen: Mein Gedanke wäre, die politische Rede anders aufzufassen als es in der geläufigen Rhetorik der Fall ist. Das heißt nicht die Wirkung der Rhetorik für das Wichtige zu halten, sondern nach meinem Eindruck ist die politische Rede das geeignete Instrument etwas zu finden. Sie ist zunächst ein Finde- und Klärungsinstrument, ihre Bauelemente sind geeignet, einer politischen Situation auf die Spur zu kommen und ihre Möglichkeiten durch Meinung und Gegenmeinung zu klären, sie mit Vorstellung und Gegenvorstellung zu gestalten. Die Wirkung kommt dann von selbst.

Thomas Leif: Sie fordern die Renaissance der politischen Rede?

Uwe Pörksen: Ja.

Thomas Leif: Thomas Steg, jetzt in der Freiheit, was sind ihre drei wichtigsten Positionen? Das Leben ist kein Wunschkonzert, aber trotzdem dürfen sie mal in die Zukunft blicken.

Thomas Steg: Nicht dramatisieren. Die Probleme, die wir mit der politischen Sprache haben, haben wir nicht nur in Deutschland; die gibt es auch in anderen Ländern. Joe Klein hat ein eindringliches Buch geschrieben über ähnliche Probleme in den USA. Ich habe überlegt, jeder Bundestagsabgeordnete erhält ja immer so ein Bundestagshandbuch und Hinweise, wie man sich in dem Gebäude und in der parlamentarischen Arbeit zurechtfindet. Ich glaube, um einen besseren Umgang mit politischer Sprache zu erreichen, genügt es nicht, zu Weihnachten Pakete mit Büchern von Bastian Sick oder Wolf Schneider zu verschenken. Ich glaube, unsere Diskussion im Zusammenhang mit Gutenberg hat etwas gezeigt: Es gibt ein Bedürfnis nach einem anderen Typus von Politiker und nach einer anderen Sprache in der Politik. Und wenn sich solche Beispiele durchsetzen, dann werden sie auch Vorbildcharakter haben und es wird Nachahmer geben. Wir haben im Moment den Eindruck eines gewissen Verfalls der sprachlichen Kultur, einer Niveaulosigkeit. Denn all die Politiker, die so merkwürdige gestelzte Phrasen



präsentieren, wenn sie vor der Kamera stehen, sind durchaus in der Lage, sehr normal, sehr gerade, sehr klar und sehr verständlich zu sprechen, wenn sie nicht der medialen Beobachtung unterliegen. Das heißt das, was wir an politischer Sprache erleben, hat sehr viel zu tun mit der besonderen Interaktion zwischen Politik und Medien. Statt sich von unterstellten Erwartungen Dritter, also von Erwartungserwartungen fesseln und blockieren zu lassen, wäre Politik und Politikern mehr Direktheit, mehr Intuition, mehr Mut zum Bauch zu wünschen. Das würde sie lebendiger, menschlicher und im positiven Sinne alltäglicher machen.

Thomas Leif: Frau Schildmann, Sie können jetzt auch ganz frei reden. Sie haben einen neuen Job. Sie sind fast frei, was wären Ihre drei Wünsche?

Christina Schildmann: Ich habe einen Vorschlag: Dass wir uns alle noch einmal mit dem Begriff Politikverdrossenheit auseinandersetzen und uns fragen, was das eigentlich ist. Wir reden in diesem Jahr angesichts der niedrigen Wahlbeteiligung so viel über Politikverdrossenheit, aber ich glaube ganz optimistisch, dass es sich überhaupt gar nicht um Politikverdrossenheit handelt, sondern um eine Verdrossenheit angesichts des eklatanten Mangels an Politik in der Sprache. Wenn wir uns das bewusst gemacht haben, dann folgt die Repolitisierung der Sprache automatisch.

Thomas Leif: Frank A. Meyer, welche drei wunderbaren Lösungsvorschläge können von ihnen zum Schluss präsentiert werden?

Frank A. Meyer: Ich hab nur einen Vorschlag zu machen, aber den mit dreifacher Dringlichkeit. Nämlich, dass wir Journalisten uns auf unsere Kernkompetenz besinnen: das Formulieren, also Schreiben, Reden, Filmen, Fotografieren – alles Sprache. Wir sind verpflichtet, der Öffentlichkeit Sprache zu geben. Zur Öffentlichkeit zählen vorab die Politiker. Wir haben sie zu übersetzen in eine verständliche Sprache. Das ist unsere Aufgabe. Das ist unsere Verantwortung.

Thomas Leif: Sehr gut, zum Schluß waren alle in Höchstform. Vielen Dank an das gesamte Podium hier, ich finde für die Kürze der Zeit haben wir ein Füllhorn an Anregungen und auch viel Substanz präsentieren können.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und bis zum nächsten Medien-Disput am 20. April 2010 in Berlin.

medienkodex

PRÄAMBEL

Neue Technologien und zunehmender ökonomischer Druck gefährden den Journalismus. Um seine Qualität und Unabhängigkeit zu sichern, setzt sich das netzwerk recherche für dieses Leitbild ein.

1. JOURNALISTEN* BERICHTEN UNABHÄNGIG, SORGFÄLTIG, UMFASSEND UND WAHRHAFTIG. SIE ACHTEN DIE MENSCHENWÜRDE UND PERSÖNLICHKEITSRECHTE.
2. JOURNALISTEN RECHERCHIEREN, GEWICHTEN UND VERÖFFENTLICHEN NACH DEM GRUNDSATZ „SICHERHEIT VOR SCHNELLIGKEIT“.
3. JOURNALISTEN GARANTIEREN UNEINGESCHRÄNKTEN INFORMANTENSCHUTZ ALS VORAUSSETZUNG FÜR EINE SERIÖSE BERICHTERSTATTUNG.
4. JOURNALISTEN GARANTIEREN HANDWERKLICH SAUBERE UND AUSFÜHRLICHE RECHERCHE ALLER ZUR VERFÜGUNG STEHENDEN QUELLEN.
5. JOURNALISTEN MACHEN KEINE PR.
6. JOURNALISTEN VERZICHTEN AUF JEGLICHE VORTEILSNAHME UND VERGÜNSTIGUNG.
7. JOURNALISTEN UNTERSCHIEDEN ERKENNBAR ZWISCHEN FAKTEN UND MEINUNGEN.
8. JOURNALISTEN VERPFLICHTEN SICH ZUR SORGFÄLTIGEN KONTROLLE IHRER ARBEIT UND, WENN NÖTIG, UMGEHEND ZUR KORREKTUR.
9. JOURNALISTEN ERMÖGLICHEN UND NUTZEN FORTBILDUNG ZUR QUALITÄTSVERBESSERUNG IHRER ARBEIT.
10. JOURNALISTEN ERWARTEN BEI DER UMSETZUNG DIESES LEITBILDES DIE UNTERSTÜTZUNG DER IN DEN MEDIENUNTERNEHMEN VERANTWORTLICHEN. WICHTIGE FUNKTIONEN HABEN DABEI REDAKTIONS- UND BESCHWERDEAUSSCHÜSSE SOWIE OMBUDSSTELLEN UND EINE KRITISCHE MEDIENBERICHTERSTATTUNG.

* ES SIND STETS BEIDE GESCHLECHTER GEMEINT.

www.netzwerkrecherche.de
info@netzwerkrecherche.de

